

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Wahlauftakt 4

Der Vertrag mit dem Volk hält die Ziele der SVP verbindlich fest.



Zuwanderung 8

Die Schweiz hat keine Kontrolle mehr über die Zuwanderung.



Starker Franken 10

Die Schweizer Wirtschaft stärken, um Arbeitsplätze zu erhalten.



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Der Vertrag mit dem Volk ist mehr als ein Wahlversprechen

Am Parteitag der SVP Schweiz vom 27. August 2011 im Theater 11 in Zürich Oerlikon haben über 200 National- und Ständeratskandidaten den Vertrag mit dem Volk unterschrieben. Der Vertrag hält fest, welche Hauptziele die SVP-Volksvertreter während der kommenden Legislatur verfolgen. Lesen Sie weiter auf Seite 4



Haben Sie Fragen zu den nationalen Wahlen?
Ab 12. September sind wir mit der Gratis-Hotline unter 0800 002 444 für Sie da!



Am 10. September nach Bern

Der 23. Oktober ist Stichtag für die künftige Zusammensetzung des Parlamentes. Gewinnt unsere Schweizerische Volkspartei die Wahlen, haben wir gute Chancen, unsere Positionen sowohl im Parlament wie auch im Bundesrat nachhaltig zu stärken. Wird die SVP gestärkt, wird die Schweiz gestärkt. Im Bundeshaus braucht es darum noch wesentlich mehr SVP.

Es ist absehbar, dass in der kommenden Legislatur der Druck vom Ausland auf die Schweiz noch zunehmen wird, der Drang der Schweizer Politiker Richtung EU unvermindert anhält und der Staat weiter und unverantwortlich ausgebaut wird. Hier braucht es die SVP als Korrektiv und es ist unser Anspruch, Fehlentwicklungen mit aller Konsequenz zu bekämpfen und für eigenständige und selbstbewusste Lösungen einzustehen.

Würde die SVP im Herbst die Wahlen verlieren, würde sich das Parlament ohne jegliche Frage noch weiter nach links bewegen und man würde etwelche vorgeschobenen Gründe finden, weshalb unserer Partei einmal mehr der ihr zustehende zweite Sitz im Bundesrat verwehrt würde.

Vor uns steht somit die wichtigste sachpolitische Abstimmung in dieser Legislatur. Mit keinem Urnengang können die Stimmberechtigten mehr beeinflussen, als bei eidgenössischen Wahlen. Da nützen uns diejenigen nichts, die uns zwar verbal am Stamm-

tisch unterstützen, wenn sie nicht für die SVP wählen gehen und an der Urne ihre Stimme abgeben. Die weit verbreitete Politikverdrossenheit und Gleichgültigkeit sind schlechte Ratgeber, wir müssen nun um jede einzelne Stimme im Volk kämpfen und den Mehrwert aufzeigen, den man mit der Wahl der SVP haben wird.

Die SVP ist Vorkämpferin für all diejenigen, die jeden Morgen aufstehen, sich in Familie, Arbeit und Gesellschaft einbringen und damit ihren Beitrag für eine prosperierende Schweiz leisten. Wer arbeitet und etwas leistet, soll auch belohnt werden und am Wohlstand teilhaben können. Wer jung ist, konsumiert und investiert, soll nicht vom Staat behindert und bevormundet werden. Wer älter ist und ein Leben lang seinen Beitrag für unser Land geleistet hat, soll seinen wohlverdienten Lebensabend gesichert und mit Lebensfreude begehen können.

Weil die SVP immer wieder grosse Erfolge feiert und permanent stärker wird, begegnet man uns von den anderen Parteien, von fast allen Medien und Kommentatoren mit viel Neid und Missgunst. Wir können uns in den nächsten Wochen auf eine ganze Welle von Hasstiraden und Hetzereien gegenüber der SVP gefasst machen. Es war aber immer gerade unsere Stärke, geschlossen und geeint gegen die Front der Verlierer, Missgünstigen und Europhilen anzukämpfen. Dadurch wurden wir immer nur noch stärker!

Aufruf – alle auf den Bundesplatz

Als sichtbares Zeichen der Stärke und Geschlossenheit unserer SVP, treffen wir uns zu einem fröhlichen Familienfest auf dem Bundesplatz in Bern. Referate unseres Bundesrates Ueli Maurer sowie von alt Bundesrat Christoph Blocher werden dabei im Zentrum stehen. Wir wollen zeigen, dass die SVP für die Errungenschaften und Werte unserer Eidgenossenschaft einsteht und auch künftig bereit ist, für eine sichere Zukunft in Freiheit zu kämpfen.

Ich lade Sie alle ganz herzlich zum Familienfest auf dem Bundesplatz ein. Auf Wunsch der Stadt Bern wird unser Fest bereits am Samstag 10. September 2011, nachmittags ab 13 Uhr stattfinden. Für diesen Tag hat uns der Sicherheitsdirektor der Stadt Bern die Sicherheit garantiert und ich freue mich schon jetzt auf ein würdiges, farbenfrohes und unseren Traditionen verpflichtetes Fest. Trychler aus der ganzen Schweiz, Alphornbläser und Fahnschwinger, die Musikgesellschaft Landiswil sowie Seppli und Florian, bekannt aus dem Fernsehen, werden diesen Tag für uns alle unvergesslich machen. Auf nach Bern – leben wir die Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit. Es lebe die SVP!

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Toni Brunner'.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Grosses Kino: Die SVP beschreitet neue Kommunikationswege



Die SVP Schweiz hat am 12. August 2011 anlässlich der Premiere in einem Kino in Schaffhausen ihren neuen Kino-Spot gezeigt. Der professionell produzierte Spot spielt an einem See, in einer Badeanstalt. Die Botschaft ist klar, es gilt für wahre Werte - das heisst für unsere Schweiz - einzustehen, nur so stellt sich Erfolg ein. Dieser Spot ist zur Zeit schweizweit in vielen Kinos in drei Sprachen zu sehen. Die Handlung des Spots: Ein schöner Sommertag. Sonnen- und Badegenuss für alle. Eine Frau entsteigt dem kühlen Nass. Ein Mann betritt das Bad, lässig über den Holzsteg schreitend in Jeans und mit einer Badetasche. Ausser der Frau, die soeben aus dem Wasser steigt, werden auch zwei weitere Frauen auf den gut gebauten Typen aufmerksam und mustern ihn interessiert. Der Mann sucht sich seinen Platz und richtet sich unter den aufmerksamen Blicken der Frauen ein. Dann das Badetuch - er legt es lässig auf die Wiese. Plötzlich die totale Ernüchterung.....



Die SVP Schweiz lud zur Premiere des Kino-Spots ein und ca. 80 Personen liessen sich dieses Ereignis nicht entgehen. Es herrschte eine gute Stimmung, alle waren sehr gespannt, wie der Spot wohl sein würde. Entsprechend ausgelassen wurde dieser im Anschluss auch beklatscht.

Wenn Sie den ganzen SVP Kino-Spot sehen wollen, können Sie ihn unter folgendem Link abrufen: www.svp.ch



4 Wahlauftakt SVP Schweiz

Vertrag mit dem Volk: mehr als ein Wahlversprechen

Am 27. August 2011 wurde im Theater 11 in Zürich-Oerlikon der sogenannte „Vertrag mit dem Volk“ erneuert. Klartext wollte von SVP-Programmchef Christoph Mörgeli wissen, was der Vertrag mit dem Volk beinhaltet und weshalb dieser nötig ist.



Interview mit Nationalrat Christoph Mörgeli, Stäfa (ZH)

Klartext: Herr Mörgeli, Ende August erneuerte die SVP ihren „Vertrag mit dem Volk“. Was steht denn eigentlich genau in diesem Vertrag?

Christoph Mörgeli: Der Vertrag mit dem Volk hält fest, welche Hauptziele die SVP-Volksvertreter während der kommenden Legislatur verfolgen werden. Im konkreten Fall sind es drei Zusicherungen, die in diesem Vertrag festgehalten werden. Erstens: Die SVP will der Europäischen Union nicht beitreten und wird sich auch in Zukunft mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Schweiz ein eigenständiger Staat ausserhalb der EU bleibt. Die wiederholte Forderung der SVP, endlich das hängige Beitrittsgesuch zurückzuziehen, findet ausserhalb der SVP leider nach wie vor kein Gehör, obschon die Unzulänglichkeiten der EU heute so deutlich zutage treten wie nie zuvor. Zweitens: Wir wollen die Masseneinwanderung stoppen. Die uneingeschränkte Masseneinwanderung, so wie wir sie in der jüngsten Vergangenheit erleben, ist mit zahlreichen Problemen verbunden. Drittens: Wir verlangen, dass kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden. Das Schweizer Stimmvolk hat sich klar und deutlich dafür ausgesprochen, dass Ausländer, die sich nicht an unse-

re Rechtsordnung halten, ausgeschafft werden. Dass nun versucht wird, die Ausschaffungsinitiative bis zur Unkenntlichkeit zu verwässern, ist ein Armutszeugnis und der direkten Demokratie unwürdig.

Klartext: Weshalb sind es gerade diese drei Themen, welche im Fokus stehen?

Christoph Mörgeli: Weil es diese drei Themen sind, die für die weitere Zukunft der Schweiz und das Wohlergehen unserer Bevölkerung von zentraler Bedeutung sind. Der Beitritt zur EU wäre für die Schweiz ein Desaster. Nicht nur aus finanzieller Sicht; ein Beitritt wäre auch mit der direkten Demokratie unvereinbar und mit so vielen Souveränitätsverlusten und Einbussen an Freiheitsrechten verbunden, dass niemand mit gesundem Menschenverstand ja dazu sagen kann. Die Schweiz wäre aus Sicht der EU natürlich ein höchst willkommenes Mitglied, welches kräftig zahlen dürfte, jedoch kaum etwas zu sagen hätte.

Das zweite Thema, die Masseneinwanderung, ist ebenfalls höchst problematisch. Wenn man bedenkt, dass



die bewohnbare Fläche unseres von Natur aus kleinen Landes gerade einmal 7 Prozent beträgt, so müsste man eigentlich erkennen, dass die Schweiz eine schrankenlose Zuwanderung auf Dauer nicht erträgt. Die Konsequen-

zen sind mittlerweile überall sichtbar und spürbar. Mieten und Immobilienpreise steigen ins Unermessliche, überfüllte Züge und Staus auf unseren Autobahnen sind an der Tagesordnung und der Druck auf unser Sozialsystem nimmt ebenfalls kontinuierlich zu. Wenn wir jetzt nicht reagieren, gefährden wir den Wohlstand unseres Landes in ebenso gravierender Art und Weise wie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Ausschaffung krimineller Ausländer schliesslich ist ein Anliegen, das einer Mehrheit auf dem

sind Ausländer. Wenn sich Menschen abends oder nachts nicht mehr auf die Strasse trauen und die Kriminalität stets zunimmt, so muss die Politik reagieren. Deshalb werden wir auch nicht akzeptieren, wenn nun versucht wird, eine abgeschwächte Variante der Ausschaffungsinitiative umzusetzen, die eher dem unbrauchbaren Gegenvorschlag als der vom Volk angenommenen Initiative entspricht.

Klartext: Wieso ist ein Vertrag mit dem Volk denn überhaupt nötig?

Christoph Mörgeli: Dadurch, dass wir mit den Wählern eine verbindliche Abmachung - eben einen Vertrag - abschliessen, geben wir diesen die Gewissheit, dass wir uns wirklich konsequent für die vertraglich vereinbarten Ziele einsetzen. Andere Parteien versprechen den Bürgern im Vorfeld der Wahlen oft das Blaue vom Himmel: Kaum sind die Wahlen vorbei, verfolgen sie wieder ihre eigennützigen Ziele. Die SVP tut dies nicht, und um unsere verlässliche und gradlinige Politik weiter zu fördern und zu stärken, schliessen wir den Vertrag mit dem Volk ab. Der Vertrag mit dem Volk ist mehr als nur ein Wahlversprechen. Er definiert unmissverständlich und transparent, für welche politischen Ideale die SVP steht. Würden auch wir beginnen, andere Ziele zu verfolgen, könnten die Wähler die Partei an ihre Vertragspflicht erinnern. Dies wird jedoch kaum jemals nötig sein.

Klartext: Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten der SVP bei den Wahlen ein?

Christoph Mörgeli: Ich halte mich mit Prognosen stets zurück, da diese nichts als Mutmassungen und Schätzungen sind, die auf fragwürdigen Grundlagen basieren. Dementsprechend hält sich die Aussagekraft solcher Schätzungen in Grenzen, wie man zum Beispiel auch im Vorfeld der Minarett-Initiative gesehen hat. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass sehr viele Menschen genug haben von leeren Versprechungen und politischem Zickzack-Kurs. Die Windfahnen-Politik der Mitteparteien hat ausgedient. Stattdessen stehen traditionelle Schweizer Werte wieder hoch im Kurs. Die einzige Partei, die sich seit Jahren verlässlich für den Erhalt und die Stärkung der schweizerischen Werte einsetzt, ist die SVP. Je weniger wir an uns selber denken, desto mehr denken die Wähler an uns. Es gilt allerdings auch zu beachten, dass einmal mehr praktisch sämtliche Medien, vom Staatsfernsehen über das Radio bis hin zu den Tageszeitungen, eine breite Front bilden und alles unternehmen werden, die SVP anzuschwärzen und zu „verdreckeln“, wo es nur geht. Deshalb ist es wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler der SVP am Wahl-Wochenende vom 22. und 23. Oktober zahlreich in den Wahllokalen erscheinen und ihre Stimme zugunsten jener Partei abgeben, die sich auch nach dem Wahltag noch an ihre Zusicherungen erinnert – schliesslich sind diese ja in einem Vertrag festgehalten.



em Volk

ustehen,
satz erfordert,
en, wenn wir
rundsätze ein:

r der Schweizerischen Volkspartei

Im August des Jahres 2011

und -kandidaten der SVP



Magen liegt, wie das unmissverständliche Abstimmungsergebnis gezeigt hat. Der prozentuale Anteil ausländischer Häftlinge in unseren Gefängnissen spricht ebenfalls eine deutliche Sprache – 71,6% aller Inhaftierten

6 Familienfest

Jetzt: Einstehen für die Schweiz

am Samstag, 10. September 2011, auf dem Bundesplatz, Bern

Alle sind eingeladen, für die Schweiz einzustehen, für Sicherheit, Freiheit und unsere direkte Demokratie. Kommen Sie alleine oder mit der ganzen Familie. Es erwarten Sie politische Reden, viel Folklore und ein gemütliches Fest.

Das Fest findet bereits am 10. September – 6 Wochen vor den Wahlen – statt, weil der Sicherheitsdirektor der Stadt Bern uns an diesem Tag die Sicherheit gewährleistet.

Programmablauf:

- ab 13.00 Uhr Besammlung auf dem Bundesplatz
- 14.30 Uhr Beginn politischer Teil mit Bundesrat **Ueli Maurer** und a. Bundesrat **Christoph Blocher**
- 15.40 Uhr Gemütlicher Ausklang mit Musik, Essen und Trinken. Spiel und Spass für Kinder.

Schweizer wählen SVP

SVP Schweiz, www.svp.ch, info@svp.ch, Tel: 031 300 58 58, PC-Konto: 30-8828-5



Individuelle Anreise

Sie können die rund 500 Meter vom Bahnhof zum Bundesplatz auch zu Fuss gehen (empfohlener Weg siehe Karte).

Mit Privatauto:

Es stehen nur die gebührenpflichtigen Parkhäuser im Zentrum von Bern oder die in den Einfahrtachsen bestehenden Park + Ride zur Verfügung. Insbesondere empfehlen wir das Park + Ride Neufeld, von welchem aus Sie alle rund 8 Minuten mit dem Bus Nummer 11 in nur 7 Minuten beim Bahnhof Bern sind.



Anreise in Gruppen mit Car:

Die Cars können mit einer Bewilligung (zu bestellen bei info@svp.ch oder 031 300 58 58) in unmittelbarer Nähe des Bundesplatzes parkiert werden, wo die Leute aussteigen und auch nach Abschluss der Kundgebung wieder einsteigen können.

Die Polizei bzw. Parkverantwortlichen werden die Cars entsprechend anweisen.

Melden Sie sich bei Ihren Kantonalsektionen für eine mögliche Carfahrt.



Asylmissbrauch darf nicht belohnt werden!

Am 4. September 2011 stimmt der Kanton Zürich über die Revision des Sozialhilfegesetzes ab. Ein Teil betrifft die Lockerung des Datenschutzes, welcher unbestritten ist. Der zweite Teil der Vorlage betrifft die Besserstellung von abgewiesenen Asylbewerbern, welche vorläufig aufgenommen wurden, indem diese die volle Sozialhilfe erhalten sollen.



von Nationalrat Alfred Heer, Zürich (ZH)

Im Kanton Zürich leben 3919 Personen, bei welchen das Asylgesuch abgelehnt wurde und welche das Land verlassen müssten. Aus verschiedenen Gründen kann die Wegweisung nicht vollzogen werden, so dass diese Personen trotz eines abgelehnten Asylgesuches in der Schweiz bleiben können. Ihnen wird vom Bundesamt für Migration die vorläufige Aufnahme gewährt.

Bislang erhielten diese Personen

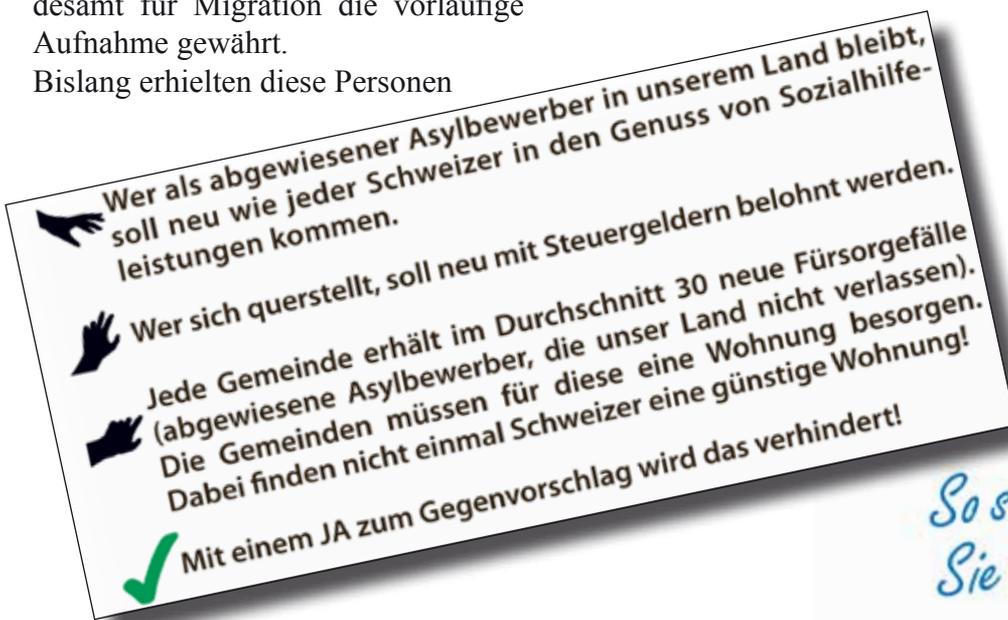
netto Fr. 977.00 pro Monat. Zusätzlich werden die Krankenkasse, die Mietkosten, Zahnarztrechnungen usw. von der Fürsorge übernommen. Mit anderen Worten lohnt es sich für einen vorläufig Aufgenommen gar nicht mehr zu arbeiten.

Sogwirkung verheerend für die Schweiz

Die Asylgesuche haben sich seit der Abwahl von Christoph Blocher verdoppelt. Bereits heute sind viele Gemeinden am Anschlag mit der Unterbringung von Asylsuchenden. Wenn abgewiesene Asylbewerber, welche nicht ausgeschafft werden können -



oftmals auch, weil diese ihre wahre Identität verschleiern – nun noch mit einer 80%-igen Erhöhung der Fürsorgeleistungen belohnt werden, wird dies ein verheerendes Signal aussenden. Die Schweiz wird noch attraktiver und der Asylmissbrauch wird letztendlich belohnt.



So stimmen Sie richtig gegen Asylmissbrauch:

nur die Asylunterstützung. Für eine Einzelperson beträgt diese Fr. 554.00 pro Monat. Neu soll eine solche Person die vollen Sozialhilfeleistungen wie ein Schweizer Bürger erhalten.



8 Masseneinwanderung

Stopp der Anarchie in der Asyl- und Ausländerpolitik!

Kaum ein Tag vergeht, ohne Zeitungsberichte über Missstände im Asyl- und Ausländerbereich. Die heutige Praxis in der Asyl- und Ausländerpolitik gleicht einer staatlich verordneten Anarchie. Jeder kann sich alle Rechte nehmen, und das staatlich anerkannt.



von Nationalrat Jean-Pierre Grin,
Pomy (VD)

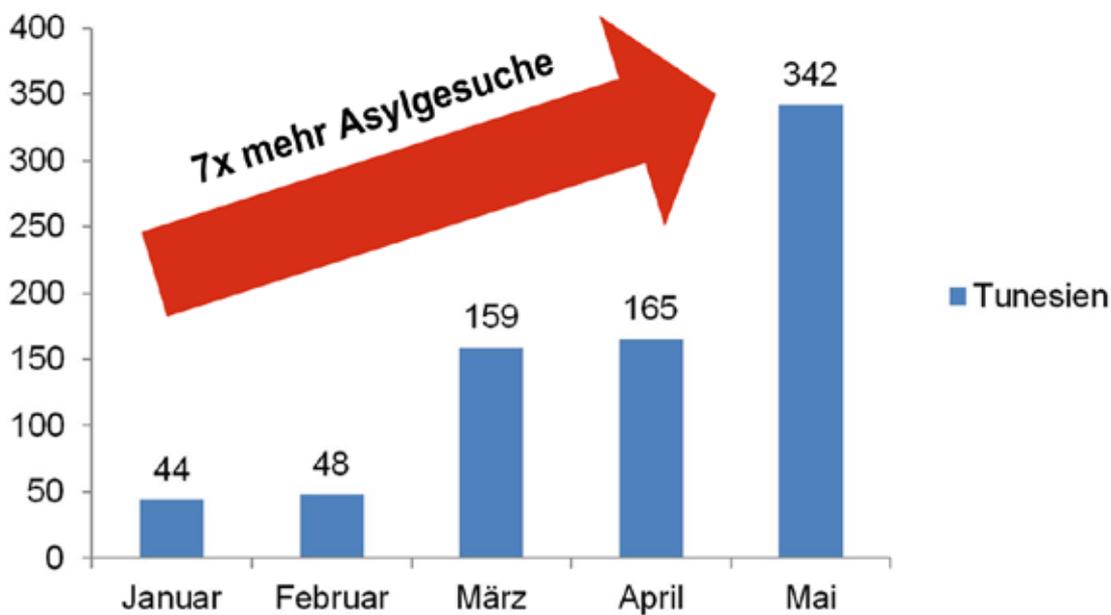
Der schweizerische Staat hat nicht mehr die geringste Kontrolle über die Zuwanderung über den Asylweg und die Personenfreizügigkeit. Und das

schlimmste daran ist: dieser unhaltbare Zustand ist von Bern gewollt und wird konsequent von der Classe politique verteidigt und weiterverfolgt. Die Ansprüche der Zugewanderten an den Schweizer Staat nehmen täglich zu: Gratisleben auf

Kosten des Gaststaates, unbeschränkter Familiennachzug, kostenlose Kurse und Beratungen. Verweigerung von Integration, aber auch kriminelles Verhalten werden als normal oder gar als eigenes Recht angesehen. Der Schweizer Staat und die Classe politique geben den Zuwanderern und Asylbewerbern immer mehr das Gefühl, dass in der Schweiz alles erlaubt ist und vielfach folgenlos bleibt. Kein Wunder häufen sich die Medi-

enberichte über kriminelle Ausländer, Asylmissbrauch, Masseneinwanderung und Verdrängung der Schweizer vom Arbeits- und Wohnungsmarkt. Die in den Kästen (Seite 8) aufgeführten Beispiele sind nur die Spitze des Eisberges. Dass es sich dabei nicht um Einzelfälle handelt, beweisen auch die Statistiken: Der Ausländeranteil bei den verurteilten Erwachsenen liegt bei 52,6% und die Gefängnisse quellen über mit kriminellen Ausländern, die einen Insassenanteil von 71,6%

Asylgesuche aus Tunesien 2011



ausmachen! **Auch die Asylgesuche von Leuten ohne Flüchtlingseigenschaft nehmen stetig zu. So haben sich die Gesuche von Tunesiern, die bekanntlich nicht verfolgt werden, sondern sich nur ein besseres Leben erhoffen, seit Jahresbeginn rund versiebenfacht.** Anstatt, dass diese unverzüglich zurückgeschickt werden, nimmt man sie auf und steckt sie in teure Mietwohnungen, wofür man nicht selten Schweizer Mietern

kündigt! Doch sind uns diese Scheinflüchtlinge dankbar dafür? Mit Nichten – sie pöbeln, klauen, überfallen Rentner und zünden Zellen an. Dies alles ohne wirkliche Folgen für die Täter.

Anscheinend können sich gewisse Leute in der Schweiz alles erlauben. Je weniger jemand integriert und verankert ist, desto mehr kann er vom Staat fordern – und erhält es auch! Die Tatsache, dass kürzlich ein Kosovo-

Albaner in Pfäffikon ZH neben seiner Ehefrau auch eine Sozialarbeiterin, die ihm angeblich zu wenig Geld geben wollte, tötete, ist dafür exemplarisch. Ebenfalls die Messerattacke eines Koso-

varen in Interlaken, bei der ein unschuldiger Mann in einem Restaurant brutal angegriffen und schwer verletzt wurde. Der Anspruch und das Recht, alles tun zu können und alles zu erhalten, ist bei vielen Ausländern eine Selbstverständlichkeit.

Dies darf nicht weiter so hingenommen werden! In der schweizerischen Asyl- und Ausländerpolitik muss endlich umgesetzt werden, was das Volk und die SVP schon lange fordern:

Kriminelle Ausländer und Asylmissbraucher gehören unverzüglich und ausnahmslos ausgewiesen, Integration ist eine Niederlassungsbedingung und kein kostenloses Kuschelprogramm, Sozialhilfe und Familiennachzug für Ausländer sind einzuschränken, die Zuwanderung ist wieder zu kontrollieren.

Hierfür ist einerseits die vom Volk angenommene Ausschaffungsinitiative wortgetreu und ohne Aufschub umzusetzen. Ansonsten muss die SVP eine neue Volksinitiative zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative lancieren. Andererseits muss der unkontrollierten Zuwanderung mit der Volksinitiative „Masseneinwanderung stoppen“ ein Riegel geschoben werden. Daneben geht die SVP auch auf parlamentarischem Weg gegen diese unhaltbaren Zustände im Asyl- und Ausländerwesen vor und wird in der Herbstsession entsprechende Vorstösse einreichen. **Die Schweiz muss wieder Herr über die Migrationspolitik und die Sicherheit der Bevölkerung werden – die Zeit der Anarchie in der Ausländerpolitik hat schon viel zu lange ange dauert!**

Der Kanton Zürich will achtzehn Wohnungen mit rund fünfzig Personen kündigen, um Asylbewerber aus Nordafrika einzuquartieren. Betroffen ist die Liegenschaft an der Birkenstrasse 26 bis 30 in Brüttsellen («Mieter raus, Afrikaner rein», *Weltwoche* Nr. 26/11). Von der Absicht des Kantons erfuhren die Mieter aus den Medien. Das Vorgehen und die Erklärungen der Verantwortlichen stossen nicht nur bei den Betroffenen auf Unverständnis.
Quelle: *Weltwoche* vom 7. Juli 2011

Kriminelle Handlung
Schaf im Tösstal geklaut und geschlachtet
KOLLBRUNN ZH – Asylsuchende haben in Kollbrunn im Zürcher Tösstal ein Schaf gestohlen und das Tier im Freien geschlachtet.
Quelle: *Blick online* vom 22. Juni 2011

Kurzfassung eines Artikels aus der Berner Zeitung:
*Dreiste Bosnierin narrt die Behörden. Eigentlich sollte M.Z. gar nicht hier sein. 2003 lehnten die Behörden das Asylgesuch der Frau ab. Weil sie ihr aber gleichzeitig die vorläufige Aufnahme gewährten, lebt die Bosnierin noch immer in der Schweiz. Dies, obwohl sie mittlerweile wegen Betrugs verurteilt ist und seit Jahren von der Fürsorge lebt. Zur Zeit mietet sie in Belp eine Wohnung. Die Monatsmiete bezahlte sie gerade einmal bei ihrem Einzug. Dem Vermieter klagt sie, wie sehr sie unter den traumatischen Kriegerlebnissen leide. Der Vermieter, ein gutmütiger Rentner, liess sich erweichen und schonte die Frau, statt sie zu betreiben. Auch als sie ihn später unter Tränen um ein Darlehen für die Operation ihrer herzkranken Nichte bat, half er ihr. Die Nichte, so erfuhr er später, existiert nicht. Dies ist eines vieler Beispiele, wo die Bosnierin straffällig wurde. Ihr nächstes Ziel: Eine IV Rente. „Ich denke ich werde noch in diesem Jahr Antrag auf eine IV-Rente stellen.“ Sie könne mit ihrem Gesundheitszustand unmöglich arbeiten, dafür sei sie viel zu krank.
Quelle: *BZ*, 19. August 2011*



Quelle: *Blick* vom 23. Juni 2011

Asylbewerber zündet Gefängniszelle an

Um sich gegen die angeordnete Ausschaffung zu wehren, hat ein 21-jähriger Nigerianer seine Zelle in Brand gesteckt. Dabei erlitt er Brandwunden und musste ins Spital gebracht werden.
Quelle: *20Minuten online* vom 9. August 2011

10 Revitalisierung

Schweizer Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze erhalten

Angeichts der währungsbedingten Entwicklungen der letzten Zeit stehen viele Unternehmen vor einem Scheideweg. Entweder entscheiden sie sich dafür, dass sie ihre Produktion auslagern und in Billiglohnländer abwandern, oder sie harren zumindest vorderhand noch in der Schweiz aus.



von Nationalrat Peter Spuhler,
Bussnang (TG)

In meinem Unternehmen Stadler Rail im thurgauischen Bussnang sieht die Situation wie folgt aus: Zwei Drittel unserer 4000 Mitarbeitenden arbeiten in der Schweiz – wir exportieren zwei Drittel der Schweizer Produkte ins Ausland. Durch die Euroschwäche haben sich unsere Produkte innerhalb eines Jahres um einen Drittel verteuert. Das zeigt, wie schwierig die Lage im Ausland ist. Von der Lage in der Schweiz ganz zu schweigen. Tatsächlich haben wir auch bei Ausschreibungen im Inland kaum bessere Aussichten. Nehmen wir das Beispiel Basel-Stadt. Die Basler Verkehrsbetriebe BVB wollen neue Trams beschaffen und haben deshalb eine öffentliche Ausschreibung aufgelegt. Neben Stadler Rail haben auch ausländische Konkurrenten angeboten. Weil diese die Trams im Ausland produzieren und keine Wertschöpfung in der Schweiz haben, sind sie deutlich billiger. Wir kommen nicht nur im Export sondern auch im eigenen Land unter Druck. Was kann man dagegen tun? Im Kleinen, als Unternehmen, kann man bei den Kosten und bei der Innovation ansetzen. Mit anderen Worten, neue Produkte entwickeln, für welche die Kunden auch bereit sind, einen et-

was höheren Preis zu bezahlen. Das reicht aber nicht. Um die Abwanderung von zahlreichen Firmen zu verhindern, gilt es nun schnellstmöglich die Standortqualität in nachhaltiger Art und Weise zu optimieren. Tun wir nichts, werden die Auswirkungen nicht nur bedrohlich, sondern teils ruinös sein. Dies gilt selbst für solide Firmen mit gutem Polster. Diese können zwar länger ausharren, aber auch bei diesen Unternehmen erreichen die Reserven früher oder später das Ende der Fahnenstange. Ist es ein-

licherweise längst nicht so verbreitet wie anderswo.

Trotz diesen Vorteilen hat die Politik in den letzten Jahren aber auch viele Sünden begangen und zahlreiche bürokratische Hürden aufgebaut. Diese ziehen Bürgern und Unternehmern immer mehr Geld aus der Tasche, sind zeitraubend und damit teuer. Zu guter Letzt bevormunden sie uns noch. Das muss aufhören. Wir müssen unseren unternehmerischen Handlungsspielraum zurückerobern und die Eigenverantwortung wieder stärken.

Auch ist die steuerliche Belastung bei weitem nicht so attraktiv wie man uns stets glauben machen will. Viele Länder haben sich in dieser Hinsicht verbessert, während die Schweiz in die umgekehrte Richtung gegangen ist. In der heutigen globalisierten Welt

kann sich ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz diesen gravierenden Wettbewerbsnachteil nicht länger leisten. Kurzum: wir müssen die Rahmenbedingungen für die Unternehmen wie-

„Der einzige Weg, den Werkplatz Schweiz nachhaltig vor der drohenden Entindustrialisierung und dem Abbau von Arbeitsplätzen zu schützen, ist ein Rundumschlag.“

mal so weit, stellt sich unweigerlich die Frage nach alternativen Standorten. Dies obwohl die Schweiz sehr viele bestechende Standortvorteile bietet. Zu nennen sind unter anderem:

- hohe Lebensqualität
 - gut ausgebildete Fachkräfte
 - Mehrsprachigkeit
 - gute Verkehrsanbindung
 - tiefe Zinsen
 - stabiles politisches Umfeld
- Auch Korruption und Vetternwirtschaft sind glück-

MONATS-HIT

Canon
Digital Ixus 120 IS

Nur 239,- CHF
(inkl. Zubehör)

auch in blau oder schwarz erhältlich.

fotovideoplus.ch ebikon Tel. 041 442 06 16

der auf Vordermann bringen. Andernfalls wandern diese ab und es kommt zu einer Entindustrialisierung der Schweiz.

Die Konsequenzen einer solchen Entwicklung wären verheerend. Werden Arbeitsplätze abgebaut, steigt die Arbeitslosigkeit, sinkt der Konsum und die Steuereinnahmen nehmen ab. Dies bedeutet automatisch höhere Steuern für alle.

Der Bundesrat hat beschlossen, 2 Milliarden Franken für die Stützung der Schweizer Exportwirtschaft aufzuwerfen. Aus Sicht der SVP sind diese zwei Milliarden nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Die Schweizer Industrie exportiert jährlich für rund CHF 76 Mrd. Waren und Dienstleistungen. Welche Wirkung können bei dieser Grössenordnung CHF 2 Mrd. haben?

Ausserdem hat das Paket des Bundesrats dieselben Schwierigkeiten wie ein klassisches Konjunkturpaket, nämlich: Wirken die finanziellen Mittel an der richtigen Stelle und zum richtigen Zeitpunkt? Häufig kommen die Massnahmen zu spät oder am falschen Ort an oder sie wirken anders als geplant. Kurzum: Man kann sich die Übung sparen. Denn der Bundesrat muss entscheiden:

- welche Exportunternehmen finanzielle Hilfeleistungen erhalten sollen
- was mit den Zulieferbetrieben geschieht

Und ganz allgemein

- welche Branchen grundsätzlich unterstützt werden sollen.

Aus diesen Gründen lehnt die SVP den untauglichen bundesrätlichen Vorschlag ab.

Der einzige Weg, den Werkplatz Schweiz nachhaltig vor der drohenden

Die Forderungen der SVP auf einen Blick:

- *Entlastung von Steuern, Abgaben und Gebühren*
- *Stopp der weiteren Verteuerung der Transport- und Energiepreise*
- *Förderung der wirtschaftsorientierten Kompetenzen in der Ausbildung*
- *Flexible Lösungen für Branchen und Unternehmen ermöglichen (insbesondere Erhalt flexibler Arbeitsmarkt)*
- *Bürokratische und administrative Belastung der Unternehmen reduzieren*
- *Verzicht auf unnötige Regulierungen und Gesetze*
- *Beschränkung der Kontrolltätigkeit des Staates*
- *Bessere Steuerung der Zuwanderung*
- *Als kurzfristige Massnahme für den Tourismus schlägt die SVP eine befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf 1% für die gesamte Tourismusbranche vor.*

Entindustrialisierung und dem Abbau von Arbeitsplätzen zu schützen, ist ein Rundumschlag. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind dauerhaft zu verbessern. Kernelemente einer solchen Kur sind:

- die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III
- eine Reduktion von Steuern, Abgaben und Gebühren
- eine Reduktion der Unternehmensgewinnsteuern
- die Abschaffung der Emissionsabgabe und
- der sofortige Stopp der weiteren Verteuerung der Transport- und Energiepreise.

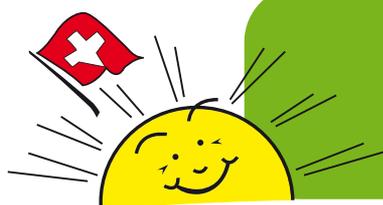
Ausserdem müssen die wirtschaftsorientierten Kompetenzen in der Ausbildung verstärkt gefördert werden und es sind Massnahmen zu bestimmen, die den flexiblen Arbeitsmarkt erhal-

ten.

Der Abbau bürokratischer und administrativer Belastungen sowie eine allgemeine Deregulierung sind rasch an die Hand zu nehmen. Letztlich gilt es aber auch eine Effizienzsteigerung im Zollbereich, eine Intensivierung der Aussenwirtschaftspolitik und eine bessere Steuerung der Zuwanderung zu garantieren.

Die SVP hat ihre Vorschläge, wie ein solches Revitalisierungsprogramm zugunsten der Wirtschaft und der schweizerischen Bürgerinnen und Bürger aussehen sollte, am 23. August 2011 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt, und wird entsprechende Vorstösse sowohl in den betreffenden Kommissionen wie in der kommenden Herbstsession auch in den beiden Räten einreichen. Die Massnahmen des SVP-Revitalisierungsprogramms

überzeugen. Es ist keine Pflasterli-Politik, viel mehr wird das Übel an der Wurzel gepackt.



*Lesen Sie das Kurzpositionspapier
«Ein Revitalisierungsprogramm zu-
gunsten von Wirtschaft und Bürgern»
unter www.svp.ch*



12 Unterschriftensammlung

Masseneinwanderung stoppen - mit der neuen Initiative der SVP

Seit einigen Jahren erleben wir eine Masseneinwanderung in unser Land. Speziell die Einwanderung aus der EU ist für die Schweiz nicht mehr kontrollierbar. Diese Situation wird durch einen zu einfachen Familiennachzug aus Drittstaaten, zahlreiche illegale Aufenthalter und verschleppte Probleme im Asylwesen weiter verschärft. Mittlerweile bestreitet kaum mehr jemand, dass vor diesem Hintergrund Handlungsbedarf besteht. Doch fehlen heute weitgehend die Instrumente zur Steuerung der Einwanderung. Mit der Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung können wir die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land stoppen und wieder selbst bestimmen, wer in die Schweiz kommen soll.

Die Schweiz hat immer grosszünftig, aber kontrolliert ausländische Arbeitskräfte aufgenommen und ihnen eine berufliche und persönliche Perspektive geboten. In den letzten Jahren hat die Schweiz die Kontrolle über die Einwanderung jedoch verloren. Immer mehr Ausländerinnen und Ausländer strömen in unser Land, ohne dass noch wirkungsvolle Instrumente zur Steuerung und zur Begrenzung der Einwanderung existieren. Hauptgrund dafür sind der unkontrollierte Zustrom aus der EU, die offenen Grenzen und verschleppte Probleme im Asylwesen. Die negativen Folgen der ungebremsten Einwanderung werden immer offensichtlicher. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Schweiz die

Steuerbarkeit über die Einwanderung zurückgewinnt und den Zustrom von Einwanderern wieder begrenzen kann. In den letzten fünf Jahren sind offiziell über 380'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Dies entspricht der Einwohnerzahl

der Stadt Zürich. In nur sechzig Jahren hat sich der Ausländeranteil in der Schweiz knapp vervierfacht. Und dies,

Folge der Migration. Je nach Szenario leben dann bis zu 10 Millionen Menschen in der Schweiz. Die Folgen der ungebremsten Zuwanderung sind überfüllte Strassen und Züge sowie explodierende Mieten und Bodenpreise. Zuwanderer aus der EU verdrängen Arbeitnehmer aus Drittstaaten, die wiederum nicht in ihre Heimatländer zurückkehren und die Sozialwerke belasten. Die Löhne geraten unter Druck. Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität steigen. Die bereits prekäre Situation der Schweizer Sozialwerke hat sich mit der Personenfreizügigkeit noch weiter verschärft. Die hohe Einwanderung aus der EU in den Schweizer Arbeitsmarkt konkurrenziert erstens Schweizer und bereits in der Schweiz wohnhafte Ausländer, die oft in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden. Zweitens landen viele der

durch die Personenfreizügigkeit Eingereisten beim Verlust des Arbeitsplatzes selber in unseren Sozialwerken. Mit dem Freizügigkeitsabkommen wurden für Europa die Türen zu unserem gut ausgebauten Sozialsystem geöffnet, über die wir nun keine Kontrolle mehr haben.



obwohl noch nie so viele Personen eingebürgert wurden. Betrug der Ausländeranteil 1950 noch 5,9%, stieg er bis 2010 explosionsartig auf 22% an. Das Bundesamt für Statistik rechnet bis zum Jahr 2035 mit einem weiteren, massiven Bevölkerungswachstum als

Unterschriftensammlung 13



Nationalrätin Yvette Estermann sammelt Unterschriften für die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung im Berggasthaus "DORSCHNEI" in Kriens. Ihre Eindrücke: „So kann es einfach nicht weiter gehen, mit der massiven Zuwanderung! - So ärgerten sich viele, die gerne unsere neue Initiative unterschreiben. Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von der Politik über den Tisch gezogen. Wie z. B. im Zusammenhang mit dem Volksentscheid betr. der SVP-Ausschaffungsinitiative, welche der Bundesrat nicht umsetzen will. Gross ist der Ärger der Bevölkerung und da ist es richtig, dass wir nochmals auf die Probleme der Mehrheit der Menschen in der Schweiz eingehen.“



Gemeinderat Roger Liebi bei einer Standaktion in Zürich-Wiedikon (Kreis 3): „Eigentlich wollten wir bei einer Standaktion in unserem Stadtkreis nur Flyer zur Änderung des Sozialhilfegesetzes im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung im Kanton Zürich verteilen. Doch was dann passierte, konnten wir kaum fassen. Zahlreiche Passanten kamen immer wieder von selbst zu unserem Stand und fragten, ob sie die Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung unterschreiben könnten. Da wir zum damaligen Zeitpunkt keine Unterschriftsbogen dabei hatten, musste ich nach Hause eilen und Unterschriftsformulare ausdrucken, die zwei Stunden später dann auch alle unterschrieben waren. Nach diesem Erlebnis bin ich überzeugt, dass die Initiative exakt die Sorgen der Bevölkerung trifft.“



Nadja Pieren, Grossrätin und Vizepräsidentin SVP Schweiz: „Die Leute auf der Strasse reagieren sehr positiv auf unsere Volksinitiative gegen Masseneinwanderung. Auch in der Bevölkerung ist die Angst gross, dass unsere Schweiz bald aus allen Nähten platzen wird, wenn nichts passiert. So haben mir viele Leute während der Unterschriftensammlung ihren Unmut über die unkontrollierte Einwanderung ausgesprochen und gesagt, dass wir wieder einmal die einzige Partei seien, die etwas dagegen tut. Eine Frau hat mir sogar gratuliert, dass ich mich aktiv für diese Initiative einsetze.“

Sammeln Sie jetzt Unterschriften - Bestellen Sie die Bögen kostenlos unter 031 300 58 58 oder unter gs@svp.ch

Besuchen Sie ebenfalls unsere Webseite www.stopp-masseneinwanderung.ch



14 Inserate



SVP-HIT

1 Gutschein pro Zimmer / egal wieviel Nächte!

- Übernachtung im Standard DZ
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Fr. 60.-
Fr. 50.- (Nebensaison)

Jetzt buchen, Skivergnügen in der ALETSCHARENA
Wallis - Schweiz

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel. 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - info@hotelalpenblick.ch

EVENTGRUPPE SVP URI

ÜRNER CHILBI

Freitag, 16. September 2011
Türöffnung 19.00 Uhr

Sporthalle Bürglen UR

Gastfreunde:
Bundsrat Urs Mauer
Ständerat Adrian Amstutz



Oesch's die Dritten

anschl. Unterhaltung mit
ECHO VOM LIZÄ

VORVERKAUF:
Tickets für Fr. 30.- sind an folgenden Vorverkaufsstellen erhältlich:
Rest, Schützenhaus, Bürglen Telefon 041 870 12 10
Tabak-Shop Gros, Altdorf Telefon 041 870 26 74
oder 041 870 17 00
Metzgerei Paul Zafluh, Schottland Telefon 041 870 11 40
GE-Präsident Patrik Planzer mit seinem Team.



SIROX

Wasser • Wärme • Gesundheit

Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

Dataform AG Formulare Druckerei

Wir drucken für Sie:

- ESR-Formulare
- Formulare mit Karten

Zürcherstrasse 36 8604 Volketswil
Tel. 044 947 50 20 info@dataform.ch

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Patezeitung
Erscheinungsweise: 12x/Jahr
Mitarbeiter: Michèle Berger, Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Michèle Berger - klartext@svp.ch
Bilder: Peter Schaub - mail@peter-schaub.ch

Wir sind das Volk und ein demokratisches Volk hat immer Recht

Wir betreiben für Sie die folgenden Blogs zur freien Meinungsbildung:

www.politlog.ch

www.media-srf.ch

Ihre Meinung ist wichtig und wir nehmen sie gerne entgegen!

Senden an: wo@insideswitzerland.ch



Zahlen und Fakten zur Ausländerpolitik

- Die Gesamtbevölkerung in der Schweiz hat von 1990 bis Ende 2009 um über eine Million Personen zugenommen.
- Der Ausländeranteil ist seit 1980 um die Hälfte gestiegen.
- Alleine im Jahr 2009 sind insgesamt 44'948 Personen eingebürgert worden, das entspricht rund 3% der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung.

Treten Sie dem PIKOM bei, welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der jährliche Beitrag beträgt 65 Franken. Mit einer Spende auf das PC-Konto 60-76254-9 ermöglichen Sie uns weitere Aktivitäten. Herzlichen Dank!

Für die Nationalratswahlen vom 23.10.2011 empfiehlt Ihnen das parteiunabhängige Informationskomitee PIKOM die folgenden Vorstandsmitglieder zur Wahl:



Thomas Fuchs
Präsident
Nationalrat
Kanton BE, bisher



Sylvia Flückiger
Vizepräsidentin
Nationalrätin
Kanton AG, bisher



Gregor Biffiger
Vorstandsmitglied
Grossrat
Kanton AG, neu

Ich will Mitglied beim PIKOM werden!
 Ich bestelle ___ Expl. "Zahlen und Fakten zur Ausländerpolitik"

Vorname / Name _____ Telefon _____
Strasse / Nr. _____ Fax _____
PLZ / Ort _____ E-Mail _____

Talon ausschneiden und einsenden an: PIKOM, Postfach 3540, 5001 Aarau - Fax 031 981 39 82 - E-Mail pikom@pikom.ch



Parteiunabhängiges Informationskomitee

Machen auch Sie mit beim PIKOM - die tun was!
www.pikom.ch

Gratis- Wahl-Hotline



Haben Sie Fragen zu den Wahlen?
Gratis-Hotline 0800 002 444

Kostenlose kompetente Auskunft!

Ab dem 12. September bis am 23. Oktober können Sie sich kostenlos über die Wahlen 2011 informieren. Wir sind von Montag bis Freitag von 07.00 - 21.00 Uhr und am Samstag von 07.00 - 17.00 Uhr für Sie da.

Kontaktieren Sie uns über Skype!
Skype-Name: svp_schweiz

Mein Zuhause - Unsere Schweiz
www.svp.ch



ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

GOAL GLOSSAR

Wiederholung

Wiederholung

<lat.> repetitio (Wiederholung);

abgel. v. <lat.> repetere (fordern, erneut vornehmen)

Erfolgreiche Kampagnen fordern die Aufmerksamkeit der Zielgruppe. Damit diese geweckt wird, braucht es den Mut, sich auf eine zentrale Botschaft zu konzentrieren und diese immer und immer wieder zu wiederholen. Denn Wiederholung ist die Mutter des Erfolgs.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

DER SOMMER-HAMMER: FR. 4'200.- PROFIT



HAMMER-PREIS: FR. 33'650.-

Legacy 2.0i AWD Swiss Special, 5-türig, 6-Gang-Schaltgetriebe, 150 PS. Auch mit stufenloser 6-Gang-Automatik Lineartronic™ CVT (Fr. 36'150.-) und als Diesel-Modell mit SUBARU BOXER DIESEL und 6-Gang-Schaltgetriebe (Fr. 37'150.-) erhältlich. Solange Vorrat.

Mehrausstattung Swiss Special:

- Elektrisch verstellbarer Fahrersitz.
- Elektrisch verstellbare Lordosenstütze Fahrersitz.
- Lederlenkrad.
- Leder Schaltknäuf (man.).
- Beheizte Vordersitze.
- Scheibenwischer-Enteisung.
- 16-Zoll-Leichtmetallräder.
- Chrom-Auspuffblende.
- Bodenmatten vorne und hinten.
- Swiss-Special-Logo auf beiden Seiten.
- Kofferraummatte.
- Ein Satz Winterreifen (16-Zoll-Leichtmetall).

Mehrwert: Fr. 4'200.-

 **SUBARU**
Confidence in Motion